

Dresdner Volkszeitung

Postkassentor: Dresden.
Soden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Stammlohe:
Gedr. Krahel, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altfeld

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 90.— M., durch die Post bezogen monatlich 90.— M., unter Streifen für Deutschland wöchentlich 20.— M., Einzelnummer 50.— M., Sonnabendnummer 70.— M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 5gepalt. Nonpareilzeile 100.— M., die 3gepaltene Reklamazeile 400.— M., auswärts 125.— u. 500.—, Ausland 800 u. 2500 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- und Mietzeile 40 Proz. Rabatt. Für Briefunterlegung 30 M.

Nr. 20

Dresden, Mittwoch den 24. Januar 1923

34. Jahrg.

Die Kräfte der Abwehr

Berlin, 23. Januar. Unter dem Vorsitz des Reichsfänglers und in Gegenwart von Vertretern der beteiligten Reichsministerien erfolgte heute eine Besprechung mit den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften, die auch Abgeordnete aus dem Ruhrgebiet zugezogen hatten. Es wurde hierbei vollkommene Einigkeit über die durch die rechtswidrige Gewaltaktion Frankreichs und Belgiens erforderlichen Maßnahmen und über die Fortsetzung der erfolgreichen Abwehr des Rechts- und Friedensbruchs festgestellt.

Berlin, 24. Januar. (W. Z. V.) Der preussische Minister des Innern, Sebering, ist in diesen Tagen im Ruhrrevier gewesen, um mit den Behörden und Gewerkschaften zu beraten. Es ergab sich eine völlige Einheitsfront der gesamten Arbeiterschaft mit der Regierung und die Gewissheit, daß die Haltung der Arbeiter fest bleiben werde, unter der Bedingung, daß ihre Lohnzahlung und die Lebensmittelzufuhr geregelt werden.

Die Haltung der Reichsregierung

Berlin, 23. Januar. In den Meldungen über Vermittlungsversuche in der Frage der Ruhrbesetzung und der Reparationen teilt die deutsche Regierung der Presse mit: Der deutschen Regierung ist bekannt, daß man an den verschiedensten Stellen der Welt bemüht ist, dem durch den französisch-belgischen Einmarsch ins Ruhrgebiet geschaffenen und sich täglich verschärfenden Zustand des Unrechts und der Gewalt ein Ende zu bereiten. Die deutsche Regierung verfolgt mit Aufmerksamkeit diese Bemühungen und ist bereit, alles, was an ihr liegt, zu tun, um ihnen zum Erfolge zu verhelfen. Alle die Stellen, die sich mit dem Schicksal Europas einschläglichen Problemen beschäftigen, sind von der Auffassung der deutschen Regierung unterrichtet. In dem Augenblick aber, wo die französisch-belgischen Truppen mitten im wirtschaftlichen Lebenszentrum Deutschlands stehen und die im Ruhrgebiet getroffenen vertragswidrigen Maßnahmen wiederum im Widerspruch zu den Verträgen auf das Rheinland ausgedehnt werden, erscheint eine Verhandlung über künftige Reparationsleistungen schon aus technischen Gründen unmöglich. Niemand weiß, welches Trümmerfeld Deutschland am Ende der französischen Unternehmung darstellen wird. Deshalb ist heute jede Möglichkeit einer Abschätzung der und dann noch verbleibenden Reste unserer geschwächten Leistungsfähigkeit ausgeschlossen. Auch können nach Ansicht der deutschen Regierung Verhandlungen unter militärischem Druck niemals zu Ergebnissen führen, die wirtschaftlich gesund, für das deutsche Volk annehmbar und zur wirklichen Befriedigung Europas geeignet sind. Reparationsverhandlungen sind versprochen nach der Hebung der deutschen Regierung nur dann Erfolg, wenn auf jede Sanktions- und Pfänderspolitik verzichtet und Deutschland Gelegenheit gegeben wird, seine Pläne für die Lösung des Problems frei zu entwickeln und mit der Gegenseite gleichberechtigt und unbehindert zu diskutieren. Diesen Grundgedanken gemäß begegnet die deutsche Regierung allen Versuchen, die aus der Erkenntnis der ersten Lage auf Abhilfe gerichtet sind, mit dem warmsten Interesse. Wir können nur wünschen, daß es gelingen möge, Frankreich und Belgien rechtzeitig zur Aufgabe von Unternehmungen zu bewegen, die diesen Ländern niemals Sicherheit oder Werte verschaffen, beiden Ländern aber verheerende Schäden zufügen, die die deutsche Wirtschaft bis zur Vernichtung herabsetzen und Europa in eine immer ernstere Wirtschaftskatastrophe hineintreiben.

Vermittlungsversuche

London, 23. Januar. Nach einer Neuermeldung bemüht sich Italien um eine Lösung in der Reparationsfrage, da die französisch-deutsche Krise außer der durch die gegenwärtige Lage im Ruhrgebiet unvermeidlichen wirtschaftlichen Katastrophe noch andere gefährliche Folgen haben kann.

Paris, 23. Januar. In diesem politischen Kreise wird behauptet, daß Mussolini sich nach London und Paris gewandt hat, um in der Frage der Ruhraktion zu vermitteln. Gleichzeitig verläutelt hier, daß der Berliner italienische Botschafter, Bodari, sowohl den Alliierten als auch der deutschen Reichsregierung vorläufig rein privatim seine Vermittlerdienste angeboten habe.

In Berliner ausländischen Stellen liegen Nachrichten vor, daß der italienische Botschafter in Berlin, Bodari, zwar den Alliierten seine Vermittlung angeboten haben soll, doch ist von einem solchen Angebot an die deutsche Regierung in Berlin nichts bekannt.

Amerika greift nicht ein

rs. Paris, 24. Januar. (Eig. Draht.) Die Pariser Ausgabe des New York Herald meldet aus Washington, die amerikanische Regierung werde dem Antrage des Senators Borah auf Einleitung einer Protestaktion gegen die französische Ruhrbesetzung nicht nachkommen. Nachdem sie bereits auf diplomatischem Wege und durch Zurückziehung der amerikanischen Truppen vom Rhein ihren Protest zum Ausdruck gebracht habe, halte sie die Situation für ausreichend geklärt und sehe weitere Schritte als überflüssig an.

Ein englisches Rechtsgutachten

Von großem Interesse ist in diesem Augenblick ein Rechtsgutachten der englischen Justizbehörde. Auf Anfrage des Ministerpräsidenten Lord Balfour vertritt die Justizbehörde darin die Ansicht, daß in streng gesetzlichem Sinne der Vertrag von Versailles durch das französische Vorgehen gebrochen worden ist. Da das Autoritätsgefühl und die Achtung vor dem Gesetz in keinem Lande so stark entwickelt ist wie in England, ist dieser Rechtspruch von hohem Wert für die öffentliche Meinung Englands. Ob man hoffen darf, daß er Weiterungen, wie etwa eine offizielle Stellungnahme zu den Verhaftungen und Ausweisungen der Rheinlandkommission, zu der Frage der Abberufung der englischen Truppen vom Rhein oder gar einem Schritt hinsichtlich der widerrechtlichen Besetzung selbst nach sich ziehen wird, mag dahingestellt bleiben. Die vielen Fragen der auswärtigen Politik in das Problem hinein, die nicht unbeachtet bleiben dürfen. Für den Augenblick genügt es, auf den Spruch des englischen Gerichts hinzuweisen. Wenn die Abrechnung über das Ruhrabenteuer kommt, wird man nicht verfehlen dürfen, auf ihn zurückzukommen.

Vor neuen Repressalien

Essen, 24. Januar. Man bereitet hier offenbar die Zolllinie vor, die um das ganze Ruhrgebiet gezogen werden soll. Es werden mehrere Umgruppierungen der Truppen ausgeführt. Das Militär soll offenbar dazu dienen, die Grenze des Ruhrgebietes in ihrem ganzen Umfang zu besetzen, um so die Durchführung der Zolllinie anzubahnen. Voraussetzungsweise wird es, wenn die Franzosen Truppen mit der Eisenbahn transportieren wollen, zu einem allgemeinen Eisenbahnerstreik kommen.

Die Verhaftungen bleiben bestehen

Die deutsche Regierung hat durch ihren Geschäftsträger in Paris erneut gegen die Verhaftungen im Ruhrgebiet protestiert und sofortige Freigabe der Verhafteten gefordert. Die französische Regierung hat dem deutschen Geschäftsträger in Paris folgende Mitteilung überbracht:

„Die französische Regierung bestätigt den Empfang der Note, womit die deutsche Regierung gegen die Verhaftung gewisser Personen im Ruhrgebiet protestiert hat. Die französische Regierung weist diesen Protest zurück und ist entschlossen, ihm in keiner Weise Rechnung zu tragen. Alle von der Okkupationsbehörde getroffenen Maßnahmen sind vollkommen rechtmäßig. Sie sind die Folge der von der deutschen Regierung begangenen Verletzungen des Vertrages von Versailles. Die französische Regierung, entschlossen, die Ausführung dieses Vertrages durchzuführen, behält sich vor, alle anderen Sanktionen anzuordnen, welche die Haltung der deutschen Regierung, der deutschen Beamten oder der deutschen Staatsangehörigen notwendig machen sollten.“

Das offizielle Nachrichtenbureau bemerkt dazu, daß nach diesem „Rechtsgutachten“ des französischen Militärs auch Berlin in diesem, alle deutschen Beamten verhaften und alles deutsche Eigentum wegnehmen könnte.

Der Protest gegen einen Vorab zurückgewiesen!

Die Note, worin der deutsche Geschäftsträger in Paris auftragsgemäß gegen die Verhaftung des Frankenträgers Kowalki in Langendreez protestiert hatte, ist Herrn von Koellich zum französischen Außenministerium mit folgender Begleitnote zurückgeschickt worden:

„Das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten beehrt sich, der deutschen Botschaft das heute erhaltene Schreiben zurückzusenden. Es ist ihm nicht möglich, ein Schreiben anzunehmen, das in herablassenden Ausdrücken abgefaßt ist.“

Hierzu berichtet W. Z. V.: Es sind nicht die Ausdrücke der Note, sondern die darin festgestellten Tatsachen und Verantwortlichkeiten, die der französischen Regierung unbequem sind und an die sie nicht erinnert zu werden wünscht. Die Rücksendung der Note schafft diese Tatsachen und Verantwortlichkeiten nicht aus der Welt. Sie zeigt nur, daß die französische Regierung nichts anzuführen weiß, was die Entschickung eines harmlosen Frankenträgers durch einen französischen Wachposten und die dieser blutige zugrunde liegenden Instruktionen zu rechtfertigen vermag.

Vor der Entscheidung der Repto

rs. Paris, 24. Januar. (Eig. Draht.) In der Reparationskommission wird Drabury (England) gegen den Ministerpräsidenten Poincaré stimmen, dessen Annahme im übrigen mit drei Stimmen als gesichert angesehen wird. Der französische Plan sieht vor, daß Deutschland bis Mitte Februar Zeit zur Entscheidung gelassen wird, so daß die Reichsregierung bis zum 1. März im Reichstag die Vorlage über eine Finanzreform nach französischen Wünschen eingebracht haben muß.

Einsturzkatastrophe im Wolke-Gebäude

rs. Berlin, 24. Januar. (Eig. Draht.) Bei den Aufräumarbeiten an dem Gebäude des Verlages Rudolf Wolke ereignete sich heute vermutlich infolge Ueberlastung des Zwischenstückes ein furchtbares Unglück. An zahlreichen Stellen stürzte die Decke ein und rissen die Trümmer die übrigen Stützwerte mit bis in den Keller. Der Schaden läßt sich zur Stunde noch nicht überschätzen. Man vermutet 50 Tote. Die Sanitätskommission fährt hin und her, mehr läßt sich noch nicht sagen.

Berlin, 24. Januar. (Eig. Draht.) Anschließend an die erste Meldung wird uns mitgeteilt, daß bisher 10 Tote und 14 Verwundete geborgen sind. Es liegen allerdings noch eine Reihe Verunglückter unter den Trümmern.

Methoden der Friedensstiftung

Von Karl Rautsly

Als die Großmächte des Westens gegen Deutschland in den Krieg zogen, erklärten sie, dieses müsse der letzte Krieg sein. Ihr Sieg solle einen Frieden bringen, der ewige Dauer verheißt.

Nachdem man dieser Verheißung skeptisch gegenübersteht, so dürfte man doch zum mindesten erwarten, der Friede werde so lange dauern, wie der, den die Besieger Napoleons vor etwas über einem Jahrhundert der Welt auferlegten, und der vierzig Jahre lang anhielt.

Statt dessen haben die Friedensschlüsse von 1919 nur die Formen des Krieges geändert, diesen selbst aber weitergehen lassen. Eben erleben wir eine feindliche Invasion in das Herz Deutschlands, die deswegen nicht weniger Krieg ist, weil sie den Ueberfall einer wehrlosen Zivilbevölkerung durch eine mit allen Fortschrittsmitteln des 20. Jahrhunderts ausgerüstete Armee darstellt.

Wie ist es möglich, daß den aufgeklärtesten Demokratien unserer Tage nicht einmal das gelang, was die aufs höchste realistischen Regierungen der heiligen Allianz vor einem Jahrhundert fertig brachten?

Das rührt daher, daß diese Regierungen wenigstens eine Ahnung von europäischer Solidarität hatten. Sie empfanden diese freilich nur in der Form der Solidarität der gegenrevolutionären Regierungen. Darum wählten sie aber sehr wohl zu unterscheiden zwischen dem Kaiser von Frankreich und Frankreich selbst. Sobald dieses Land eine Regierung nach ihrem Herzen erhalten hatte, galt es ihnen nicht länger als Feind, trotzdem sie mit ihm mehr als zwanzig Jahre lang fast ständig im Krieg gewesen.

Im Frieden von 1814 ließen sie Frankreich die Grenzen, die es 1792 gehabt, unter Hinzufügung einiger kleiner Gebiete, und legten ihm keine Kriegentschädigung auf. Selbst als Napoleon 1815 von Elba wiederkam und unter dem Jubel eines erheblichen Teils des französischen Volkes von neuem Krieg anfang, wurden nach seiner abermaligen Besiegung die Friedensbedingungen für Frankreich nur unerheblich verschlechtert. Es mußte auf einige Gemeinden verzichten und eine Kriegentschädigung von 700 Millionen Franc bezahlen, weniger als die Summe, die das alte Frankreich den aus der Verbannung heimkehrenden Aboligen als Entschädigung für ihre konfiszlierten Güter auswarf (1 Milliarde). Die damals festgelegten Grenzen waren für Frankreich so wenig verheerend, daß auch der Versailler Friede sie nicht erweiterte. Der Pariser Friede von 1814 war nicht ein Diktatfriede, sondern ein Ergebnis von Verhandlungen. Auf dem Wiener Kongreß, der 1814 nach dem Abbruch des Friedens zusammentrat, um Europa neu zu ordnen, erschien Frankreich als eine mit den andern gleichberechtigte Macht. Es übte dort einen bedeutenden Einfluß, dank der überlegenen Diplomatie seines Vertreters Talleyrand.

Dieses Entgegenkommen hatte seinen guten Grund. Nicht Frankreich wollten die Sieger unschädlich machen, sondern den Emporkömmling der Revolution, Napoleon. Dazu gehörte nicht bloß, daß er militärisch besiegt und vertrieben wurde, sondern auch, daß die legitime Dynastie, die man an seine Stelle setzte, festen Fuß im Lande sah. Das war nur möglich, wenn es der neuen Regierung gelang, Frankreichs Interessen wirksam zu vertreten.

Den Alliierten von 1918 blieb diese Erwägung der Alliierten von 1814 fern. Wohl hatten sie erklärt, bloß die am Krieg Schuldigen zu bekämpfen, die Dynastien der Hohenzollern und Habsburger. Der § 227 des Versailler Vertrages nennt Wilhelm II. als den Schuldigen. Aber die Staatsmänner der Entente wählten nicht, wie die der heiligen Allianz, zu unterscheiden zwischen den Völkern und den Regierungen. Im § 231 des Versailler Vertrages wird als verantwortlich für den Krieg nicht mehr Wilhelm II. genannt, sondern „Deutschland“ schlechweg.

Die reaktionären Regierungen von 1914 waren sich ihrer Solidarität mit der neuen reaktionären Regierung Frankreichs bewußt gewesen. Die demokratischen Regierungen der Entente zeigten dagegen nicht die mindeste Sympathie für die deutsche Republik, die doch gar keine Verantwortung für den Krieg trug und die trotzdem so behandelt wurde, als wäre das deutsche Volk eine Bande von Verbrechern. Dabei hatte sich das deutsche Volk 1918 viel entschiedener gegen Wilhelm II. gewandt, den es verjagt, als die Franzosen 1814 gegen Napoleon, da diese es den Alliierten überlassen hatten, den Kaiser vom Thron zu entfernen. Und 1815 hatten sie seine Wiederkehr jubelnd begrüßt.

Wären die Regierungen der Entente der deutschen Republik ebenso schonend entgegengekommen, wie ehemals die Regierungen der heiligen Allianz dem von den Bourbonen in Besitz genommenen Frankreich, dann hätten sie jeglicher Idee des Kaiserismus und Militarismus in Deutschland für immer ein Ende gemacht, hätten ein festes Band der Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich sowie den angelsächsischen Demokratien geknüpft. Nach hätten sich die Produktivkräfte der modernen Industrie und der internationale Verkehr wieder entfaltet. Die schlimmsten Wunden des Krieges wären heute bereits vernarbt und alle Segnungen des Friedens der Welt für lange hinaus gesichert — vielleicht für immer, wenn es den sozialistischen Parteien in den entscheidenden Großstaaten gelingt, innerhalb der nächsten Jahrzehnte ans Staatsrudern zu kommen.

Wie der Friedensvertrag das gerade Gegenteil dessen bewirkt hat, was er bewirken sollte, empfinden wir am deutlichsten gerade jetzt. Und dabei war er das Werk der Führer des radikalsten Teiles der bürgerlichen Demokratie, der neben Deutschland gewissermaßen Teile der Welt. Wilson, ein Philosoph der ersten Ranges, Lloyd George, der an dem Sozialismus freilebende Sozialist, dem es gelungen war, das englische Haus der Lords zur Ohnmacht herabzudrücken, und endlich Clemenceau, der Fortkämpfer der bürgerlichen äußersten Linken, der 1871 versucht hatte, zwischen Versailles und der Pariser Kommune zu vermitteln, der später einen Heibzug für die Amnestierung der verurteilten Kommunarden machte und noch deren Heimkehr den Sozialisten so nahe kam, daß die